

Der Regierungsrat hat am 30. Juni 2026 beschlossen, den Betrieb von PubliBike um weitere drei Jahre bis Ende 2029 zu verlängern und dafür zusätzliche 1,2 Millionen Franken aus dem Mobilitätsfonds bereitzustellen. Bereits im Jahr 2020 wurden für den Aufbau und Betrieb des Veloverleihsystems 2,154 Millionen Franken gesprochen. In seiner Antwort auf die Schriftliche Anfrage «PubliBike: Wann hat auch der Regierungsrat genug?» räumt der Regierungsrat zum wiederholten Mal selbst ein, dass das Veloverleihsystem aufgrund der Leistungsanforderungen des Kantons nicht kostendeckend betrieben werden kann.

Es ist grundsätzlich legitim, dass der Staat neue Mobilitätsformen zeitlich begrenzt unterstützt, wenn damit ein klar definierter öffentlicher Nutzen erzielt und ein entsprechendes Ziel verfolgt wird. Nicht legitim erscheint hingegen eine Politik, bei der ein strukturell defizitäres Angebot immer wieder mit öffentlichen Mitteln verlängert wird, ohne dass verbindlich festgelegt wird, wann die Unterstützung beendet werden muss.

Bis Ende August 2026 wurden rund 350'000 Fahrten verzeichnet. Der Regierungsrat rechnet mit weiteren 50'000 Fahrten bis Ende Jahr. Bezogen auf die bisherigen Beiträge ergibt sich damit ein durchschnittlicher Förderbeitrag von rund 5.40 Franken pro Fahrt. Das dies eine absurd hohe Subvention jeder Fahrt darstellt, welche unmöglich im öffentlichen Interesse sein kann, ist offensichtlich.

Besonders stossend ist, dass der Regierungsrat für die Zeit bis 2029 keine verbindlichen Richtwerte nennt, bei deren Nichterreichen das Angebot beendet würde. Stattdessen sollen die kommenden Jahre genutzt werden, um Erfahrungen zu sammeln und das Angebot weiterzuentwickeln. Eine solche Politik schafft falsche Anreize. Wer weiss, dass ein Defizit letztlich durch die öffentliche Hand aufgefangen wird, hat deutlich weniger Druck, ein Angebot wirtschaftlich und effizient zu betreiben.

Indem der Kanton ein Projekt unterstützt, welches weder ökonomisch noch anderweitig erfolgreich ist und einer ausländischen Investmentgesellschaft gehört konkurrenziert er private Anbieter, die er zugleich regulatorisch in ihrer Entwicklung hindert. Das ist weder im Interesse der Umwelt noch im Interesse der Baslerinnen und Basler. Da der Regierungsrat jedoch nicht bereit ist, das misslungene Projekt zu beenden, ist die Intervention des Grossen Rates erforderlich.

Der Regierungsrat wird beauftragt:

1. den Betrieb des subventionierten Veloverleihsystems (PubliBike) nach dem Ende der Laufzeit per Ende 2029 zu beenden.
2. dafür zu sorgen, dass der Betrieb bis Ende 2029 möglichst kosteneffizient erfolgt und keine über die bereits bewilligten Mittel hinausgehenden staatlichen Beiträge gesprochen werden; insbesondere ist auf zusätzliche staatlich finanzierte Vergünstigungs- und Werbeaktionen wie «Ride Basel» zu verzichten;
3. aufzuzeigen, wie nach dem Ende der staatlichen Unterstützung die entsprechende Nachfrage durch privatwirtschaftliche Anbieter aufgefangen werden kann.

Philip Karger, Joël Thüring, Stefan Suter, Nicole Strahm-Lavanchy, Luca Urgese, Daniel Albietz